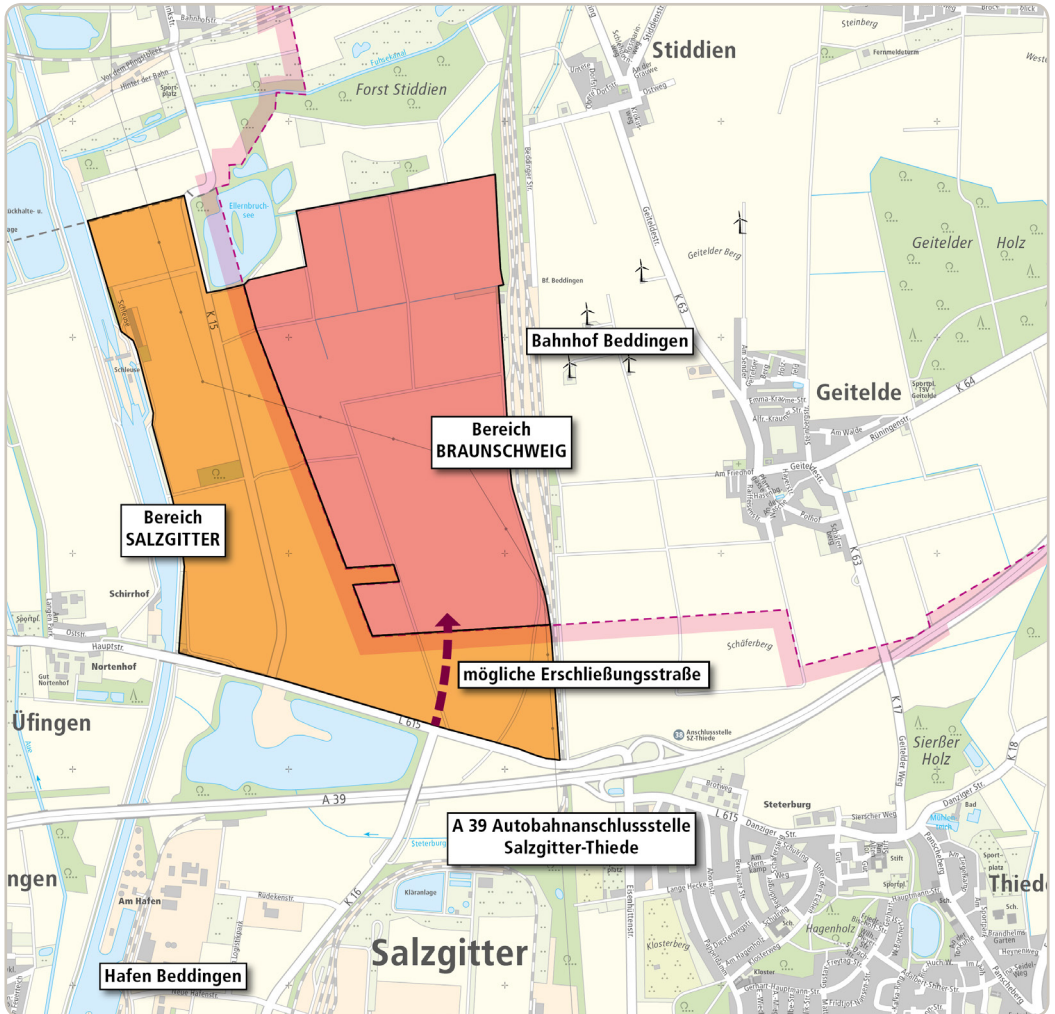




Karte: Stadt Braunschweig, Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz, Abteilung Geoinformation, 2017

Information zum möglichen interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig / Salzgitter

Liebe Bürgerinnen und Bürger,



wir, die Oberbürgermeister der Städte Braunschweig und Salzgitter, möchten Sie mit diesem Schreiben über den Stand der Planung und das weitere Vorgehen informieren und zu offenen Fragen Stellung nehmen.

Wir haben Anfang 2016 Überlegungen für ein gemeinames Gewerbe- und Industriegebiet im Bereich nördlich der A 39, östlich des Salzgitter-Stichkanals und westlich des Güterbahnhofs Beddingen, öffentlich vorgestellt. Die Verwaltungen der beiden Städte prüfen derzeit im Rahmen einer Machbarkeitsstudie diese Idee.

In der Öffentlichkeit wurden in letzter Zeit auch auf Bürgerversammlungen Befürchtungen zu dem möglichen Vorhaben geäußert. Wir nehmen diese Sorge von Bürgerinnen und Bürgern sehr ernst. Deswegen möchten wir Sie über den Stand der Planung, zu den Zielen der Machbarkeitsstudie und zu offenen Fragen informieren.

Wie Sie an den folgenden Informationen sehen können, prüfen wir derzeit noch die Voraussetzungen für die Umsetzung eines solchen Gebietes. Es ist also noch gar nichts entschieden. Wir bitten daher um Ihre Geduld und Ihr Vertrauen, bis diese Prüfungen abgeschlossen sind und wir die Ergebnisse in der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen können.

Ihre

Ulrich Markurth
Oberbürgermeister
Stadt Braunschweig

Frank Klingebiel
Oberbürgermeister
Stadt Salzgitter

Warum soll ausgerechnet an dieser Stelle ein großes Gewerbe- und Industriegebiet entstehen?

Beide Städte brauchen weitere Flächen zur Ansiedlung von Betrieben. Es ist elementare Aufgabe der Städte Sorge zu tragen, dass genügend Wohn- und Arbeitsstätten entstehen können. Die bedarfsgerechte Entwicklung von innovativen Gewerbe- und Industrieflächen über kommunale Grenzen hinweg stärkt unsere Standorte. So sichern die Städte ihre Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit.

In keinen anderen Stadtbereichen der beiden Städte gibt es so günstige verkehrliche Bedingungen (Autobahn, Hafen, Güterbahnhof) wie hier. Es gibt auch keine vergleichbar großen Flächen, die sich für industrielle und gewerbliche Nutzung eignen, weil andere Flächen mit ähnlicher Größe zu geringe Abstände zu Wohngebieten haben.

Es sollen übrigens nicht alle Flächen im gekennzeichneten Bereich – siehe Karte auf der Deckseite – bebaut werden. Vielmehr ist damit das Gebiet umrissen, das für Gewerbeflächen infrage kommen könnte.

Wozu gibt es eine Machbarkeitsstudie?

Die Räte der beiden Städte haben im Mai und Juni 2016 die Verwaltungen beauftragt, vor einer Entscheidung Pro oder Kontra einer Gewerbegebietsentwicklung eine Machbarkeitsstudie zu erarbeiten. Im Rahmen dieser Studie werden die wirtschaftlichen, rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen geklärt sowie Standort- und Marktanalysen durchgeführt. Auch werden fachplanerische Grundlagen zu Themen wie Lärm-, Wasser-, Boden- und Artenschutz erarbeitet.

Letztlich geht es um die Frage: Ist ein Gewerbe- und Industriegebiet an dieser Stelle sinnvoll und wie kann es wirtschaftlich entwickelt werden? Ganz wichtig: Eine abschließende Entscheidung, ob dieses Gebiet entwickelt werden soll, ist noch

lange nicht gefallen. Sie wird am Ende des geschilderten Verfahrens und nach der Öffentlichkeitsbeteiligung von den Räten der beiden Städte getroffen. Sie entscheiden, ob ein Gewerbe- und Industriegebiet entstehen soll.

Wie ist der Sachstand der Machbarkeitsstudie ?

In den letzten Monaten haben die Verwaltungen die zu klärenden Fragestellungen entwickelt und die städtebaulichen Rahmenbedingungen erarbeitet.

In Kürze werden zu den oben genannten Themenbereichen eine Reihe von Gutachten in Auftrag gegeben, die im Laufe dieses Jahres erstellt werden sollen. Erst wenn diese Gutachten fertig sind, kann die Machbarkeitsstudie verfasst und auf dieser Grundlage ein Vorschlag für oder gegen das Gebiet vorbereitet werden.

Deshalb bitten die Verwaltungen um Verständnis, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu allen fachlichen Fragen detaillierte Aussagen getroffen werden können.

Wird es mehr Lärm und Verkehr in den umliegenden Ortschaften geben?

Nach derzeitiger Einschätzung liegen verkehrlich gute Ausgangsbedingungen vor: Das Gebiet ist gut per Schiff oder Bahn zu erreichen. Der ganz überwiegende Teil des Straßenverkehrs kann direkt über die A 39, die Anschlussstelle SZ-Thiede, angebunden werden. Somit würden wenig Belastungen für die angrenzenden Ortschaften entstehen. Auch diese Frage wird in der Machbarkeitsstudie geprüft und dargestellt.

Klar ist bereits jetzt, dass die im Flächennutzungsplan der Stadt Braunschweig dargestellte Erschließung des Gebietes von Norden her wegen zu großer Beeinträchtigungen einzelner Ortschaften nicht zeitgemäß ist und daher nicht weiterverfolgt wird.

Kann verhindert werden, dass sich im Gebiet nukleartechnische Betriebe ansiedeln?

Von vielen Bürgerinnen und Bürgern wird befürchtet, dass sich dort nukleartechnische Betriebe ansiedeln könnten. Zur Ansiedlung derartiger Vorhaben gibt es klare Haltungen der Oberbürgermeister: Wir haben uns beide mehrfach öffentlich gegen Schacht Konrad und eine Assemülleinlagerung ausgesprochen. Es ist unser erklärter Wille, keine derartigen Betriebe in diesem Gebiet anzusiedeln.

Die Verwaltungen und die Politik beider Städte sind sich einig, dass sich keine atommüllverarbeitenden, -erzeugenden oder -behandelnden Betriebe in diesem Gewerbe- und Industriegebiet ansiedeln sollen. Der Ausschluss solcher Nutzungen kann bei dem späteren Verkauf von Bauland auf privatrechtlichem Wege festgelegt werden. Mit einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit, die im Grundbuch eingetragen wird, kann die Ausübung eines bestimmten Gewerbes ausgeschlossen werden.

Auch zu dieser wichtigen Frage werden im Rahmen der Machbarkeitsstudie Vorschläge erarbeitet werden.

Wann wird die Stadt mit den Eigentümern der Flächen sprechen?

Ein großer Teil der potenziellen Bauflächen gehört bereits den Kommunen.

Vor Abschluss der Machbarkeitsstudie werden in Einzelgesprächen die Verkaufsbereitschaft sowie Interessenlagen der Eigentümer ermittelt. Zunächst ist allerdings zu klären, welche Flächen für das Projekt überhaupt benötigt werden.

Wann wird die Machbarkeitsstudie der Öffentlichkeit vorgestellt?

Die Studie soll Anfang 2018 fertig sein und danach öffentlich, u. a. auch im Rahmen einer Informationsveranstaltung vor Ort, zur Diskussion gestellt werden.

Wie geht es dann weiter?

Anschließend an die öffentliche Diskussion wird die Machbarkeitsstudie den politischen Gremien zur Beratung vorgelegt. Auf dieser Grundlage wird ein Vorschlag erarbeitet, ob überhaupt ein Gewerbe- und Industriegebiet entstehen soll. Diese Entscheidung treffen die Räte.

Nächster Schritt wäre die Aufstellung eines oder mehrerer Bebauungspläne. Im Rahmen dieser Verfahren gibt es weitere Beteiligungen der Öffentlichkeit, in denen Einwände und Anregungen eingebracht werden können.

Fragen und Anmerkungen zu diesem Thema senden Sie bitte an folgende E-Mail-Adressen:

Stadt Braunschweig: IndustriegebietBS_SZ@braunschweig.de

Stadt Salzgitter: IndustriegebietBS_SZ@stadt.salzgitter.de

Dieser Flyer wurde an die Haushalte in Beddingen, Sauingen, Üfingen und Thiede sowie in Broitzern, Stiddien, Geitelde und Timmerlah verteilt.

Impressum:

Stadt Braunschweig, Pressestelle, Fachbereich Stadtplanung u. Umweltschutz, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Stadt Salzgitter, Fachbereich Strategische Planung und Kommunikation, Joachim-Campe-Straße 6-8, 38226 Salzgitter
Layout und Satz: Stadt Braunschweig, Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz, März 2017